

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Geschäftsjahr vom Mittwoch und Sonnabend.
Wochenblätter Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei zweif. Bestellung durch den Briefträger
• ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postausgaben nehmen Bestellungen an.

Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
Berlin N.O. 2, Weißbäcker Straße 231/232.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Weißbäckerstraße 231/232.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4220.

Nr. 59/60.

Berlin, Sonnabend, 20. Juli 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Gute Aussichten für die Sozialpolitik. — Der Mangel an handwerkstüchtig und gewerblich geschultem Personal, eine Gefahr für Deutschlands Industrie. — Geistige Auslese und geistiges Proletariat. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

Gute Aussichten für die Sozialpolitik?

Die Reichstags-Sitzung vom 19. Juli war in mehrfacher Hinsicht denkwürdig. Auf dem Platze, den bisher acht Jahre lang Herr v. Bethmann Hollweg eingenommen hatte, sah zum ersten Male der neue Reichskanzler Dr. Michaelis. Der Mann, der während der ersten drei Kriegsjahre die Geschäfte des Reiches geführt hat, ist den von allen Seiten kommenden Anwürfen gewichen und hat damit denjenigen Schichten im Volke die größte Freude bereitet, die man in Friedenszeiten als Schmaradern und Feinde des politischen Fortschritts zu bezeichnen pflegte. Wir als Arbeiterorganisation haben gewiß oft genug Anlaß gehabt, mit Herrn v. Bethmann Hollweg unzufrieden zu sein. Das kann uns aber nicht hindern anzuerkennen, daß er während seiner ganzen Amtszeit mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und eiserner Pflichttreue die Aufgaben seines verantwortungsvollen und schwierigen Amtes zu lösen verfuhr, stets das Beste des Reiches erstrebt und, unbekümmert um kleinliche Nüchternheit, auch durchzusetzen verfuhr hat. In der Kriegszeit hat sich mehr und mehr in ihm die Ueberzeugung gefestigt, daß der deutschen Arbeitererschaft die politische Gleichberechtigung nicht länger vorenthalten bleiben könne. Deshalb war er auch bemüht, im Geiste des 4. August 1914 die verschiedenen Bevölkerungsklassen einander näher zu bringen. Und wenn heute die sozialdemokratische Partei gewillt ist, an den Aufgaben des Reiches praktische Mitarbeit zu leisten, so ist das in der Hauptsache das Werk des letzten Reichskanzlers, das in seiner Bedeutung erst in ruhigeren Zeiten voll gewürdigt werden kann. Auch die mannigfachen sozialpolitischen Verbesserungen, die während der Kriegszeit zur Durchführung gelangt sind, sind der Einsicht des Herrn v. Bethmann Hollweg zu danken. Deshalb können auch wir als Vertreter der freilichlich-nationalen Arbeitererschaft nicht umhin, Herrn v. Bethmann Hollweg bei seinem Scheiden aus dem Amte Dank und Anerkennung auszusprechen für das, was er geleistet hat, und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß sein Nachfolger in demselben Geiste weiter wirken und die von seinem Amtsvorgänger angeordnete Neuordnung der innerpolitischen Dinge zu einem auch die Arbeitererschaft befriedigenden Ende bringen möge. Gewisse Andeutungen dafür waren in der Antrittsrede des neuen Reichskanzlers vorhanden. Möge er den Willen und die Kraft finden, den politischen und sozialen Fortschritt, den mannigfachen Widerständen zum Trotz, in einem der Arbeitererschaft erproblichen Sinne durchzusetzen!

Das zweite große Moment in der Reichstags-Sitzung vom 17. Juli bildete die Friedensresolution, die gemeinsam von der fortschrittlichen Volkspartei, dem Zentrum und der sozialdemokratischen Partei eingebracht war. Ueber ihren Inhalt sind unsere Leser aus den Tageszeitungen unterrichtet. Es sollte darin zum Ausdruck gebracht werden, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit einen Frieden der Veröhnung und Verständigung herbeiwünscht und den Gedanken ablehnt, welche Wirkung diese Kundgebung im

feindlichen Anlande ausüben wird, bleibt abzuwarten. Die feindlichen Staatsmänner werden nicht um neue Vorwände verlegen sein, die Kriegszustand immer wieder anzuführen. Die einmütigen und bejüngerten Elemente aber werden daraus erkennen, daß das deutsche Volk frei von Eroberungsgelüsten ist. Dadurch kann die Friedensgenialität gesteigert werden, und auf die Dauer kann gegen den Willen des Volkes der Krieg nicht ausgedehnt werden.

Die Mehrheit, die sich im Reichstage für die Friedensentscheidung aussprach, war sehr imposant und setzte sich zusammen nicht allein aus den Mitgliedern der genannten Parteien, sondern auch zahlreiche andere Abgeordnete gehörten dazu, und wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der wird aus der Erklärung, die die nationalliberale Partei zur Erklärung bringen ließ, erkennen, daß auch dort eine stattliche Anzahl von Volksvertretern auf dem Boden der Friedensresolution steht.

Die fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokratie und Zentrum hatten sich jedenfalls geeinigt. Diese Einigung war vollzogen worden in gemeinschaftlichen Vorbesprechungen, die zu einem festen Block der drei Parteien geführt haben. Das Wort „Block“ erkrant sich im Deutschen Reiche nicht gerade eines guten Klanges. Die Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit den verschiedenen Blockbildungen gemacht worden sind, waren keine guten. Meist haben selbst diejenigen Parteien, die sich zusammengeschlossen hatten, daran keine Freude gehabt. Raum waren die Wahlen, die die Einleitung für die Blockarbeit darstellten, vorüber, dann zerfiel das Gebilde wieder in Trümmer. Vielleicht ist das neue Block eine größere Festigkeit und damit eine längere Dauer beschieden. Für diese Annahme spricht die Zeit seines Zustandekommens. So gewaltige Ereignisse, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, sind aequival, das Land fester zu knüpfen, und auch das Ziel, das sich der neue Block gesteckt hat, ist so hoch, daß nicht Kleinlichkeiten das Band wieder zerreißen können.

Wir haben das Gefühl, daß der Zusammenbruch der drei Parteien für die Arbeitererschaft nur Vorteile haben kann und verdröhen uns davon nicht allein einen Ausbau der politischen Freiheiten, sondern auch eine kaiserrliche Förderung der sozialen Reform. Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokratie sind die Parteien, die auch in Friedenszeiten die Sozialpolitik am ehesten fördern werden. Es darf erwartet werden, daß das soziale Verständnis, das bisher in ihnen anzutreffen war, auch nach dem Kriege vorhanden sein wird, und das ist bitter notwendig. Schon lange bevor die große Katastrophe über uns hereinbrach, mehrten sich die Stimmen nach Stillstand in der Sozialpolitik. Nach Friedensschluss werden die Premier ihre Arbeit sicherlich wieder aufnehmen. Da ist es umso dringender notwendig, daß im Reichstage eine geschlossene Mehrheit vorhanden ist, die nicht nur diesen Forderungen Widerstand leistet, sondern auf den energigsten Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung hindrängt. Die Vorbedingungen dafür sind in dem letzten Mehrheitsblock gegeben. In der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages sitzen zahlreiche Vertreter der freien Gewerkschaften. Das Zentrum weist die namhaftesten kritischen Gewerkschaftsführer als Mitglieder auf. In der fortschrittlichen Volkspartei haben leider die Deutschen Gewerkevereine selbst bis jetzt keinen Vertreter aus ihren Reihen. Unsere verstorbenen Führer Dr. Max Birich und Karl Goldschmidt haben viele Jahre lang in ihr gewirkt, und auch unser parlamentarischer Syndikus, Herr

Weinhausen, gehört zur fortschrittlichen Volkspartei. Unser Wunsch, Führer aus den eigenen Reihen in die Parlamente zu entsenden, wird von der Leitung der fortschrittlichen Volkspartei genehmigt, was ja am besten zum Ausdruck kommt in der Aufstellung unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Sartmann, als Reichstagskandidaten im Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch. Der gute Wille auf jener Seite ist also vorhanden. Jetzt kommt es darauf an, daß auch die Gewerkevereiner ihre Schuldigkeit tun und nach besten Kräften dafür eintreten, daß die Entsendung des Kollegen Sartmann und auch anderer Führer in den Reichstag zur Tatsache wird. Dazu gehört vor allem auch Geld. Der letzte Verbandsstag hat deshalb zu diesem Zwecke bereits eine größere Geldsumme zur Verfügung gestellt, aber gleichzeitig auch auf die Notwendigkeit freiwilliger Sammlungen hingewiesen. Der Lovell der Verbandsleitung an die Kollegen im Lande draußen ist erwiesenermaßen nicht ungehört verhallt. Auf der letzten Seite dieser Nummer veröffentlicht wir die 2. Mitteilung für eingesandte Beträge für den parlamentarischen Fonds. Mehr als 2000 Mark sind aus diesen freiwilligen Sammlungen bisher zusammengekommen, unter den heutigen Verhältnissen gewiß eine stattliche Summe. Manche Orte haben recht ansehnliche Beträge gesendet. Wenn wir aber die Liste genau durchsehen, so fehlen doch zahlreiche Städte, in denen wir eine namhafte Organisation haben, und aus denen bisher nichts für den parlamentarischen Fonds eingesandt worden ist. Mit dem Wunsche: Wir müssen eine parlamentarische Vertretung haben! ist es nicht allein getan. Die Kollegen müssen sich auch rühren und Opfer bringen. Denn ein Wahlkampf kostet Geld, und den Arbeiterführern kann nicht zugemutet werden, daß sie die erheblichen Verluste aus ihrer eigenen Tasche tragen. Gerade der Ausblick in die Zukunft zeigt uns, daß es jetzt notwendiger denn je ist, daß wir in den Parlamente und insbesondere im Reichstage durch eigene Kollegen vertreten sind. Welchen Eindruck macht es, wenn die andern Gewerkschaftsrichtungen dauernd ihre Stimme von der Parlamentstrübe hören lassen können, während die Gewerkevereine selbst dort nicht zum Worte kommen! Dieser Zustand ist schon seit Jahren unliebsam von allen Gewerkevereinskollegen und -kolleginnen empfunden worden. Jetzt, wo die Möglichkeit besteht, ihn in absehbarer Zeit zu beseitigen, muß auch jeder dazu beitragen und sein Scherlein beisteuern.

Die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die im Reichstage nicht nur in der Uebergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, sondern auch in der anschließenden Friedenszeit gelöst werden müssen, sind außerordentlich zahlreich und groß. Wir erinnern nur an die Forderungen, die unser letzter Verbandsstag aufgestellt hat. Die Aussichten für ihre Verwirklichung sind besser als je. Die Forderungen in unserem Sinne durchzusetzen, wird nur gelingen, wenn ein Mann aus unjern Kreisen sein Wort mit in die Ragschale werfen kann. Deshalb richten wir an alle Kollegen und Kolleginnen das dringende Ersuchen, in ihrem Opfernicht nicht zu erlahmen, sondern weiter für den parlamentarischen Fonds zu sammeln. Die Ortsvereine und Ortsverbände, die noch nichts eingesandt haben, mögen das Beste so schnell wie möglich nachholen. Es gilt, einen Wunsch zu erfüllen der uns Gewerkevereiner seit Jahren befeht. Jetzt, wo die Verwirklichung

möglich ist, muß alles daran gesetzt werden. Das Geld, das zu diesem Zwecke zusammenkommt, wird reiche Zinsen tragen. Gelingt es uns, eine Vertiefung im Reichstage durchzusetzen, so wird das nicht allein einen neuen Aufstoß geben zu militärisch sozialpolitischen Fortschritt, auch die Organisation der Deutschen Gewerksvereine wird dadurch an Bedeutung gewinnen und ihre Bewegung gefördert werden.

Der Mangel an handwerklich und gewerblich geschultem Berufsnachwuchs, eine Gefahr für Deutschlands Industrie. *)

Von Martha Wilhelm, Breslau.

Heute sind es fast ausschließlich die deutschen Mütter, die unserer Jugend den Weg zu einem Beruf oder auch nur zu einer Beschäftigung weisen müssen, denn der Vater, das Oberhaupt der Familie, der sich vor dem Kriege besonders die Berufsbestimmung für seinen Sohn allein vorbehielt, steht draußen vor dem Feind oder ist bereits im Kampfe für die Heimat gefallen. Die Väter, die in der langen Kriegsdauer im Dienste der Landesverteidigung seit Jahren der Heimat fernstehen, können auch dann, wenn sie es gern möchten, nicht mit der Sicherheit vom Felde aus ihre Bestimmungen für die Berufswahl des Kindes treffen, wie es notwendig ist. Sie sind den heimatischen Verhältnissen, deren Wirtschaftsleben infolge des Krieges tägliche Neuercheinungen hervorbringt und Umstellungen erfährt, die ein zähes Durchhalten bis zur Beendigung des Krieges bedingen, fremd geworden. Aber heute, in der Zeit der mangelnden Rohstoffe, in der trotz der bereits weitgehendst vollzogenen Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft, immer noch fortschreitenden Betriebsumstellungen auf Kriegsarbeit bedarf es einer ganz besonderen wirtschaftlichen Ueberblick, um bei der Berufswahl das Rechte zu treffen und Fehlurteile zu vermeiden.

Dazu kommt, daß die Meisterlehre in den kleineren Betrieben jetzt nur wenigen Jungen zugänglich ist. Eine von dem deutschen Handwerks- und Gewerbestammertage 1916 aufgemachte Statistik hat ergeben, daß z. B. in 53 Kammerbezirken 218 599 selbständige Handwerker eingezogen waren. Von diesen mußten 126 513 oder 57,9 Proz. ihre Betriebe schließen. In den noch bestehenden Betrieben fehlt es den Meistern an Qualitätsarbeitern, die die Lehrlinge anlernen können. Trotzdem wird aber in dem Bericht weitergesagt, daß der Nachwuchs, der sich sonst dem Handwerk zugewenden pflegt, durch die den jugendlichen ungelerten Arbeitern bezahlten, unverhältnismäßig hohen Löhne zu weitgehend den Lehrstellen entzogen wird.

Auf einer Tagung des Ostdeutschen Handwerksstammertages am 23. Mai d. J. in Breslau wurde von Syndikus Dr. Sillmer-Bosen ausgeführt, daß der Mangel an gewerblichem Nachwuchs die Kammern von jeher beschäftigt habe, jedoch habe der Lehrlingsrückgang während des Krieges erschreckend zugenommen und fordere dringende Abhilfe. Im Kammerbezirk Bosen seien 1913 noch 3390 Lehrlinge aufgenommen worden, 1916 dagegen waren es nur noch 1124 Lehrlinge. Die Ursache des Lehrlingsrückganges sei in erster Linie auf den Krieg zurückzuführen, doch sprächen auch andere Gründe, teils wirtschaftlicher, teils sozialer Natur mit. Abhilfe könne nur durch die Aufklärung der breiten Volksschichten über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks geschaffen werden. Die Aufklärungsarbeit müsse nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den höheren Schulen unter Mitwirkung tüchtiger Handwerksmeister betrieben werden. Der Hauptwert sei jedoch auf die Errichtung von Lehrstellenvermittlungen und Berufsberatungsstellen zu legen. Die Meisterlehre sei durch die Fortbildungsschule zu ergänzen, deren Lehrpläne mehr nach praktischen Gesichtspunkten ausgebaut werden müßten.

Diese Vorschläge sind gewiß beachtenswert und anwendbar, aber sie allein genügen nicht, um eine durchgreifende Änderung herbeizuführen. Zwei Faktoren der gegenwärtigen Zeit sind dabei nicht genügend berücksichtigt worden und zwar:

1. die tatsächlich vorhandene Schwierigkeit, im Handwerk und Gewerbe die genügende Anzahl von Lehrlingen aufzunehmen und so auszubilden,

die dann später zum großen Teil wieder als Qualitäts- und Spezialarbeiter in der Großindustrie erscheinen, um auch hier die Leistungsfähigkeit deutschen Wirtschaftslebens auf früherer Höhe zu erhalten;

2. die wirtschaftliche Not der breiten Volksmassen bei der heutigen teuren Lebenshaltung, die vielen Familien die Durchhaltung des Kindes bei geringer Entschädigung durch eine jahrelange Lehre unmöglich macht.

Man darf nicht vergessen, daß bei der langen Kriegsdauer die Mütter, die oft noch eine Schar kleinerer Kinder zu versorgen haben, daheim einen schweren Kampf mit der wirtschaftlichen Not führen. Da kommt nun der älteste Junge aus der Schule frei. Es bietet sich ihm eine gut bezahlte Beschäftigung, und er selbst besorgt den nur schwachen Widerstand der Mutter in dem Wunsch, ihr schnell zu helfen in den Sorgen um das tägliche Leben. Die Mutter braucht das Geld, und der Junge wandert ab in das immermehr anwachsende Heer der ungelerten Arbeiter. Er geht damit einem Aufstieg, den gelernter Berufe bieten, für immer verloren.

Zunehmend gibt es neben den zur ungelerten Arbeit Abgewanderten noch eine beklagenswerte Kategorie von Jugendlichen, das sind diejenigen, die sich in solchen Lehrstellen jahrelang festlegen, wo der Betrieb keine Spezialfabrikation, die allein für den Lehrling von Wert ist, zum Teil oder ganz einstellte, um einen seinem Spezialgebiete gänzlich fernliegenden Massenartikel für den Seeresbedarf, dessen Fertigung naturgemäß nach Friedensschluß wieder eingestellt wird, zu fabricieren. Die zur ungelerten Arbeit Abgewanderten werden für den niemals wieder einzubringenden Ausfall, den die fehlende Qualitätsbildung für einen Menschen bedeutet, durch die gute Bezahlung einigermaßen entschädigt; die anderen dagegen merken erst viel zu spät, daß sie niemals vollwertige Arbeiter sein werden. Hier ist eine recht umfassende Kontrolle durch die Handwerkskammern und Innungen notwendig, zumal sehr oft die Umstellung der Betriebe erst nach der bereits erfolgten Aufnahme der Lehrlinge geschieht. In solchen Fällen dürfen die jungen Leute nicht mit ganz geringen Losengeldern weiter als Lehrlinge bezahlt werden, wenn ihnen auf der anderen Seite der Wert der Lehre in der Ausbildung verloren geht. Diese Halbgebildeten des Berufsnachwuchses ist nicht allein für den davon persönlich Betroffenen, sondern auch für das betreffende Gewerbe oder Handwerk ein Schaden, der sich später unbedingt fühlbar machen muß.

Auf die Vorschläge von Dr. Sillmer zurückkommend, muß darauf hingewiesen werden, daß in fast allen Großstädten bereits Beratungsstellen bestehen, und die großen Städte mit ihrem umfangreichen Kreis jugendlicher, sowie die kleineren Ortschaften in Industriegebieten, in denen das Abwandern der Jungen zur ungelerten Arbeit am meisten zu befürchten ist, kommen ja für Schaffung von Berufsberatungsstellen in erster Linie in Betracht. In vielen Städten bestehen leider mehrere Berufsberatungsstellen nebeneinander, und es ist erklärlich, daß dann eine Zersplitterung entsteht, durch die ein wirksames Erfassen aller Schulentlassenen nicht möglich ist. Diese Zersplitterung muß unbedingt durch eine Zentralisierung, die am besten unter städtischer, jedoch unter geskulpter Leitung vorgenommen wird, vermieden werden. Dabei muß jedoch den Handwerkskammern, Innungen und Berufsorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das weitgehendste Recht der Mitarbeit eingeräumt werden. Alle Kinder müssen bei ihrer Schulentlassung mittels Fragebogen, die ihnen durch die Lehrer zur Ausfüllung vorgelegt werden, und die über den Stand der Eltern, Zahl der noch vorhandenen Geschwister, Art der durchgemachten Krankheiten, Abgang in welcher Schulkasse und den eigenen Wunsch des Kindes, was es werden möchte, Fragen enthalten, sowie noch Rubriken für eine Bemerkung des Lehrers und des Schularztes aufweisen, erfasst werden. Die Zentralstelle der Berufsberatung zieht die Bogen durch die Schulverwaltung wieder ein, und nun geschieht die Sichtung und die Bearbeitung dieses Materials durch die Vertreter der zusammengeflohenen und in der Zentralstelle für Berufsberatung arbeitenden Organisationen, deren Lehrstellenvermittlungen dann auch die Unterbringung der Kinder übernehmen.

In den Städten, in denen Berufsberatungsstellen schon bestehen, mußte beobachtet werden, daß sie sich fast alle nur in ihrer Aufklärungsarbeit auf die Personen beschränken, die in den Sprechstunden mit oder ohne ihre Kinder zu ihnen kommen oder die veranstalteten Elternabende be-

suchen. Das genügt jedoch nicht, denn diejenigen, die sich Auskunft holen, haben es bereits begriffen, daß ihr Kind lernen muß. Sie sind nur noch im Zweifel, welchen Beruf sie wählen sollen. Heute gilt es aber, die anderen, die nicht kommen, aufzuklären, und da ist es nötig, daß die Berufsberatungsstelle den Mitarbeiterkreis über die bereits genannten Organisationen hinaus auch auf die Lehrerschaft und Geistlichkeit ausdehnt. Man verstehe mich hier nicht falsch: Nicht Berufsberatung treiben sollen Geistliche und Lehrer; dazu fehlen ihnen in der gegenwärtigen Zeit, bei der selbst für den Kenner nicht immer klaren Ueberblicklichkeit der Wirtschaftsverhältnisse die Kenntnisse, sondern helfen sollen sie bei der Aufklärung der Massen über die Notwendigkeit einer guten Fachbildung. Wie viele Mütter, die niemals eine Berufsberatungsstelle aufsuchen, gehen zum Lehrer oder Geistlichen ihres Kindes und lassen sich raten, was sie mit dem Kinde anfangen sollen. Der Geistliche oder Lehrer muß dann als Mitglied der Zentralstelle für Berufsberatung die Mütter an die Berufsberatungsstelle schicken und sie in Listen notieren, die wöchentlich von der Zentralstelle daraufhin, ob die Frauen vorgeschrieben haben, durchgesehen werden, die Mütter bestellen und ihnen Aufklärungschriften schicken, wenn sie ausbleiben. In den Listen können bei dem Namen kurze aufklärende Bemerkungen vom Lehrer oder Geistlichen über das Kind gegeben werden; denn er hat es jahrelang unter seinen Augen gehabt und kann der Beratungsstelle und dem Kinde damit gute Dienste leisten.

In den meisten Großstädten besuchen außerdem die Geistlichen in ihren Bezirken vor der Einsegnung die Eltern der Kinder und erhalten dabei einen Einblick in die Familienverhältnisse, der wiederum für die Mitarbeit in der Berufsberatungsstelle von sehr großem Wert ist. Um in der gegenwärtigen Zeit, wo die Abwanderung der Jugendlichen zur ungelerten Arbeit eine bisher ungeahnte Höhe erreicht hat, wenigstens später noch die Weitgebanten für die aeltesten Berufe zurückzuerobern, empfiehlt es sich, mit Hilfe der Lehrerschaft Sammellisten, in die solche Kinder eingetragen werden, zu führen. Die Beratungsstellen können nach Kriegsende dann diese Listen bearbeiten, und es ist in Fachkreisen zu erwägen, ob und wie weit den inzwischen in Arbeit gestandenen jungen Leuten, die doch schon mit einem anderen Interesse einer Sache gegenüber stehen, wie es bei einem eben aus der Schule entlassenen Kinde der Fall zu sein pflegt, ein Teil der Lehrzeit erlassen werden kann. Die Mehrarbeit, die damit für Lehrer und Geistlichkeit entsteht, muß und wird auch gern im Interesse der so überaus wichtigen Sache geleistet werden. Ein alter Breslauer Schulleiter einer Mädchen-Volksschule äußerte wiederholt, daß er in der ganzen Lehrzeit weder vor- noch nachher in seiner Klasse einen so großen Prozentgas begabter, intelligenter Schülerinnen gehabt habe, wie es im Jahre 1888 der Fall gewesen sei. Er gab viel darauf, zu erfahren, inwieweit diese geistige Oberächtheit seiner Schülerinnen im späteren Leben ihre Begabung nutzbringend verwertet habe. Hier wird das von einem alten Schulleiter ausgesprochen, was heute in Wirklichkeit umgesetzt werden muß: Das Festhalten der geistigen Oberächtheit der Volksschulentlassenen nach Schulentlassung durch die Berufsberatungsstelle, sofern diese Jugendlichen nicht gleich in geordnete Lehrverhältnisse kommen. Der große Kreis der Mitarbeiter bei der Berufsberatungsstelle muß in Arbeitsunterabteilungen mit festumrissenen Arbeitsfeldern gegliedert werden. Damit wird die Arbeit so verteilt, daß sie sehr gut bewältigt werden kann.

(Schluß folgt.)

Geistige Auslese und geistiges Proletariat.

Seit Bethmann-Hollweg das Wort sprach: „Freie Bahn dem Lächlichen“ und dann auch unter dem Eindruck der Laftache, daß der Krieg auch aus den Kreisen der Intelligenz so viele fortgenommen hat, wird in der Gegenwart die Frage recht stark behandelt, wie in Staat und Gesellschaft die geistige Auslese am besten vorgenommen werden soll, wie es zu erreichen ist, daß wenigstens in der Hauptsache stets die geeigneten Kräfte mit höherer Intelligenz zu den verantwortungsvollen Tätigkeiten herangezogen werden können. Das jezt mehr und mehr hervortretende Bestreben, bei der Heranziehung zu führenden und leitenden Stellen im Volkleben den Begabten aus den unteren Volksschichten größere Möglichkeiten auszuöffnen, führt zur Betrachtung einer anderen Frage, des

des geist nicht alle Einkomm bildung i geistlich riges B tenden a gezogen heben jü höheren gemacht den erwä ewia Sti von neue leren un Schüler muß, un nur mit Prüfung Jahr 3 für die 3 diejen un fungen c nicht best das nam nen Reid in beding Die Proletar kritisch gestift dav ren Anz etwas ge Leute ge und viel schließl großen Kleines geistige ganz, we Arbeit z ten rich für ihren größten daß sie v Anachör Schaden denn sie oder gar ihrer Ar den, sind wenigste gen der Anderer Stellung daran S die paffe Leute in Veru ste mede Ernst nur ma Vermöge oder we Angchör eine jee ganzen gegenüb zur Ver Lebensa Gedanke zu betr nomme herab, i gang d gleich si ein eig fordern oder je für mei W jüngre Schulbi zu beo heraus tariat voll an haben einem das B wären den. pfsucht den un gewor getrich bei de Dabin nicht r

*) Ohne mit allen Einzelheiten einverstanden zu sein, glauben wir doch nachstehende Darlegungen als wertvolle Ergänzung zu dem Artikel: „Zur Lehrlingsfrage“ in Nr. 58/54 bringen zu sollen.

des geistigen Proletariats. Geistiges Proletariat, nicht allein verstanden im Sinne eines niedrigen Einkommens der Leute mit einer höheren Schulbildung und in Berufen, die allgemein eine höhere gesellschaftliche Geltung haben, sondern auch geistiges Proletariat in der Hinsicht, daß die Betroffenen aus ihrem Schulbesuch recht wenig Gewinn gezogen haben und daß darunter Leute zu verstehen sind, die zwar mit Mühe und Not durch die höheren Schulen gekommen sind und ihre Examina gemacht haben, die aber trotzdem recht wenig für den erwählten Beruf zu gebrauchen sind, die darin ewig Stümper bleiben werden. Es ist ein immer von neuem beklagter Mangelstand, daß in den mittleren und höheren Schulen ein großer Teil der Schüler dauernd als Ballast mitgeschleppt werden muß, und daß es vielen Besuchern dieser Schulen nur mit vielen Hilfsmitteln gelingt, endlich die Prüfungen zu bestehen. So kommt es, daß jedes Jahr Zehntausende in Tätigkeiten hineinkommen, für die sie recht wenig Eignung mitbringen. Aus diesen und dann noch aus den vielen, die die Prüfungen auf den mittleren und höheren Schulen nicht bestehen, wird dann das geistige Proletariat, das namentlich in Deutschland mit seinem geistigen Reichtum und mit seinen vielen hohen Schulen in beängstigender Weise angewachsen ist.

Wie groß und weit verzweigt dieses geistige Proletariat in Deutschland ist, läßt sich natürlich statistisch nicht erfassen. Man erhält aber einen Begriff davon, wenn man den Lebenslauf einer größeren Anzahl von Leuten mit höherer Schulbildung etwas genauer verfolgt. Mit einem Teil dieser Leute geht es gesellschaftlich nach und nach bergab, und viele von ihnen müssen froh sein, wenn sie schließlich irgendwo in Staat oder Gemeinde, in großen Erwerbsgesellschaften oder sonstwie ein kleines Pöschchen erhalten, das nicht allzuviel geistige Anstrengung erfordert. Viele versinken ganz, weil sie sich für zu gut halten, eine einfache Arbeit zu verrichten. Andere Zehntausende halten sich nur über Wasser dadurch, daß sie die Kosten für ihren Lebensunterhalt ganz oder zum weitaus größten Teil weiter von den Eltern erhalten oder daß sie vom Erbe ihrer Eltern leben. Alle diese Angehörigen des geistigen Proletariats sind ein Schaden für das wirtschaftliche und soziale Leben; denn sie leisten für die Allgemeinheit recht wenig oder gar nichts, und die großen Summen, die zu ihrer Erziehung und Ausbildung ausgegeben wurden, sind zwecklos verthan, oder sie stehen doch wenigstens in keinem Verhältnis zu den Leistungen der Betroffenen für die Allgemeinheit.

Andererseits nehmen sie Begabteren oft genug die Stellen weg und sind auch darin zum Teil daran schuld, daß die geeigneten Leute nicht an die passenden Plätze kommen. Dadurch, daß solche Leute mit geringerer Intelligenz von vornherein in Berufe hineingewängt worden sind, zu denen sie weder Begabung, noch Geschicklichkeit, weder Eifer noch Eifer mitbringen, entsteht vielfach nicht nur materielles Elend, wenn den Betroffenen Vermögen fehlt, wenn dieses aufgebraucht ist oder wenn die Eltern nicht mehr leben, in diese Angehörigen des geistigen Proletariats wird auch eine jeiliche Zerrissenheit hineingetragen, die im ganzen Leben nicht wieder verschwindet, und die gegenüber sich selbst und anderen zur Verbitterung, zur Verschrobenheit und zu einer stets nörgelnden Lebensanschauung führt. Zu einem selbständigen Gedanken nicht fähig, wissen diese Leute doch alles zu beklagen, von ihrer höheren Bildung eingenommen, sehen sie mit Ueberhebung auf alle herab, die nicht den gleichen formellen Bildungsgang durchgemacht haben wie sie selbst, und obgleich sie zu Arbeiten nicht zu verwenden sind, die ein eigenes Denken und ein tieferes Wissen erfordern, halten sie doch jede „subalterne“ Tätigkeit oder jede mehr praktische, noch so nützliche Arbeit für weit unter ihrer Würde liegend.

Wer längere Zeit einen größeren Kreis solcher jüngeren und älteren Männer mit einer höheren Schulbildung und auch mit Univeritätsbildung zu beobachten Gelegenheit hat, der wird bald herausfinden, wie viele davon zum geistigen Proletariat gehören, zu denen, die niemals eine Stelle voll ausfüllen können, auf die sie ein Anrecht zu haben glauben. So manche von ihnen, fogleich in einem Beruf untergebracht, in dem eine mehr auf das Praktische gerichtete Tätigkeit verlangt wird, wären vielleicht recht brauchbare Menschen geworden. Jetzt aber ist ihnen das ganze Leben verpfuscht, sie sind zu stets unbefriedigten, sämpehenden und unzufriedenen Nörgelern und Zweiflern geworden, zu Leuten, die ganz aus dem Gleichgewicht geraten sind und die weder im Leben noch bei der Arbeit einmal wirklich froh sein können. Dabin zu wirken, daß dieses geistige Proletariat nicht noch weiter wächst, ist eine dringende Not-

wendigkeit. Deshalb muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Eltern nur solche Kinder zu den „höheren Berufen“ hinüberleiten, die wenigstens eine den Durchschnitt überragende Begabung mitbringen, und daß auch nur solche höher begabte an führende Stellungen kommen. Gewiß ist das Streben, den Kindern gesellschaftlich die Erreichung einer höheren Stufe zu ermöglichen oder sie doch wenigstens auf der gleichen Stufe des gesellschaftlichen Ansehens zu erhalten, sehr aner kennenswert, aber dadurch, daß sie, auch bei geringer Begabung, unter allen Umständen studieren müssen oder sonstwie zu einem Beruf mit höherer sozialer Geltung bestimmt werden, wird sehr oft gerade das Gegenteil erreicht. Die Betroffenen sinken in das geistige Proletariat hinab, vermehren dieses immer von neuem und werden zeitweilen zu unglücklichen Menschen.

Es berührt dies auch eine wichtige Seite der „Reorientierung“. Selbst die besten Geister und eine weitgehende Reform in der Verwaltung von Staat und Gemeinden können wenig bessern, können insbesondere in dem Verhältnis zwischen „oberen“ und „unteren“ Klassen keine Annäherung und kein besseres Verstehen herbeiführen, wenn die Ausübung der Geister und die praktische Handhabung in der Verwaltung von Leuten ausgeübt werden, die zu einem großen Teil im alten Schlandrian weiterarbeiten und denen ein Einfühlen in den mangelnd ganz anders gearteten Gesichtskreis des Volkes wie überhaupt unter anderen Verhältnissen lebender Menschen unmöglich ist. So lange Menschen leben, werden sie dem Fortum unterworfen sein, wird es vorkommen, daß Leute den Beruf verlassen, in denen sie am besten am Plage gewesen wären, aber es ist ein Mißstand, der beseitigt werden muß, daß allzu viele an einen Führerposten gestellt werden, die für Führung und Leitung nicht tauglich sind. Es ist dies eine Frage, die tief auch in das soziale Leben, in die soziale Gemeinschaft des gesamten Volkes und in die Weiterentwicklung des Staates im Verhältnis zu seinen Bürgern eingreift.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 27. Juli 1917.

Die Tabakarbeiterorganisationen, und zwar der freie und der christliche Tabakarbeiterverband, wie auch der Gewerksverein der Tabakarbeiter (Hirsch-Dunder) hatten im April auf einer gemeinsamen Konferenz in Frankfurt a. M. in beschlossenen, eine Lohnzulage von 35 Prozent zu fordern, einschließlich der bereits gewährten Zulagen. Die Einschränkung des Rohstoffabverbrauchs machte auch einen besseren Status der berufstätigen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen erforderlich, worüber mit der Reichsregierung verschiedentlich beraten wurde, ohne daß bisher ein greifbares Resultat dabei herauskam. Nun hat sich am 6. Juli eine neue Konferenz der oben genannten Vereinigungen wieder mit diesen Fragen beschäftigt. Das Ergebnis dieser Konferenz ist in nachstehenden Entschlüssen niedergelegt.

1. Die am 6. Juli 1917 in Berlin tagenden Vertreter der drei Tabakarbeiterorganisationen bringen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Verbände der Fabrikanten nicht allgemein der von den organisierten Tabakarbeitern gewünschten Lohnserhöhung von 35 Prozent zugestimmt haben; sie bedauern ferner die mangelnde Einseitigkeit in den Beschlüssen der Fabrikantenverbände und sind der Meinung, daß eine Einseitigkeit in Bezug auf die Lohnfrage im Interesse nicht nur der Arbeiter, sondern des ganzen deutschen Tabakenerbes liegt.

Die Vertreter der drei Tabakarbeiterverbände erwarten, nachdem nun die meisten Fabrikantenverbände geantwortet haben, eine Nachprüfung der Beschlüsse der von den Arbeitern zusammengefassten und an die Fabrikantenverbände gerichteten Wünsche. Eine Lohnserhöhung unter 30 Prozent erscheint unter allen Umständen als unzureichend. — An die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen richten die versammelten Vertreter ihrer drei Organisationen nunmehr die dringende Aufforderung, gemeinsam und mit allen Kräften für die Erfüllung der Arbeiterwünsche, insbesondere auch bei den einzelnen Firmen einzutreten.

2. Die am 6. Juli 1917 in Berlin versammelten Vertreter der Tabakarbeiter nehmen Bezug auf die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz vom 19. April 1917 in Sachen der Einschränkung des Rohstoffabverbrauchs und stellen sich nach erneuter Prüfung der Sachlage auf den Standpunkt der Eingabe, wie sie nach einer in Herford stattgefundenen Beratung mit Vertretern des Beisitzlichen Zigarrenfabrikantenverbandes und der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten unterm 22. Mai 1917 an das Reichsamt des Innern gerichtet wurde. Die versammelten Vertreter halten einen mehr als bisher durchgreifenden Schutz der berufstätigen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen für dringend nötig. Die Durchführung eines wesentlichen Schutzes denken sich die Vertreter der

Tabakarbeiter in der Weise, daß vom Reichsamt eine Verordnung erlassen wird, nach welcher zunächst die Neuangehenden entlassen werden und bei Einstellung zuerst auf die berufstätigen Arbeiter und Arbeiterinnen zurückgegriffen werden muß. Mit der Kontrolle über die strikte Befolgung der Entlassung und Einstellung von Tabakarbeitern wünschen die versammelten Vertreter die Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten zu betrauen. In bezug auf die Unterbringung arbeitsloser Tabakarbeiter erklären die versammelten Vertreter, daß, mit Ausnahme des Kreises Herford, noch ziemlich alles im argen liegt. Eine Regelung, ausgehend von einheitlichen Gesichtspunkten, ist dringend erforderlich. Als Grundlage für eine einheitliche Regelung wird das Vorgehen im Kreise Herford vorschlagen. Vor allem aber wird ein baldiges Vorgehen der Regierung in bezug auf die vorliegendem Wünsche gefordert, da das Durcheinander, wie es jetzt infolge der Rohstoffbeschränkung besteht, der berufstätigen Tabakarbeiter schaden bringt.

In der Aussprache wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß Fabrikanten ihre alten, geübten Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, während sie jüngere Kräfte behalten. Eine Besserung der Arbeitsverhältnisse wird aber auch nur dann wesentlich möglich sein, wenn die Organisationen der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in zweckentsprechender Weise gestärkt werden. Wir richten daher an unsere Ortsverbände und Ortsvereine das dringende Ersuchen, bei der Agitation die Tabakarbeiter nicht zu vergessen und für eine Stärkung unseres Gewerksvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter zu wirken. Wo noch nicht organisierte Tabakarbeiter vorhanden sind, müssen diese dem Gewerksverein angeschlossen und neue Ortsvereine dieses Gewerksvereins gebildet werden. Jede gewünschte Auskunft hierüber erteilt der Vorsitzende dieses Gewerksvereins, Johann Stephan in Heidelberg, Sandstraße 22.

Auf den ober-schlesischen Steinkohlenruben ist es in letzter Zeit mehrfach zu „wilden“ Streiks gekommen. Es ist dies in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die große Mehrheit der dortigen Arbeiter unorganisiert und deshalb den Einführungen unverantwortlicher Drahtzieher leicht zugänglich ist. Begünstigt wird dieses Treiben durch das mangelnde Entgegenkommen der Grubenbesitzer, wie deutlich der Verlauf einer Konferenz zeigt, die zur Beseitigung dieser ungesunden Verhältnisse am 10. Juli im Oberbergamt zu Breslau stattfand. Teil nahmen daran neben den Vertretern der Arbeiterorganisationen der Ober- und Regierungspräsident sowie das Stellvertretende Generalkommando. Den Beratungen lag eine an letzteres gerichtete Eingabe zugrunde, in der seitens der Arbeitervertreter die Verantwortung für die Vorgänge auf den Gruben abgelehnt wurde.

Das Bestreben der Organisationsvertreter auf der Konferenz ging dahin, auf der Grundlage der bereits mit mehreren Reden erzielten Einigung, besonders derjenigen der Kleophasarube, mit einem Zug die ganze Bewegung zum Abschluß zu bringen. Bei den vertretenen Behörden fand dieses Bestreben ersichtliches Verständnis. Leider kam es aber nicht zu einer Einigung, da die Werksvertreter, die zu einer späteren Stunde an die gleiche Stelle geladen waren, sich ablehnend verhalten hatten. Jede der Konferenzen dauerte gegen 4 Stunden. Aus Prinzip wohl haben die Werksbesitzer den im vaterländischen Interesse liegenden Vorschlag der Arbeiterorganisationsvertreter abgelehnt und auf den bekannten Weg der Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse verwiesen. Das Prinzip ist nun zwar — gerettet, Industrie und andere Kohlenverbraucher aber erhalten vielleicht gegen 100 000 Tonnen Kohlen weniger. Das ist bedauerlich. In solchen ersten Zeiten sollte man von Prinzipienreiterei absehen. Kohlen braucht das Land zum Durchhalten, alte verrostete Schachtmacherprinzipien kann es entbehren.

Eine Lohnbewegung ist unter den Hamburger Werftarbeitern im Gange. Eine Rielenversammlung beschäftigte sich am 16. Juli mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf den Hamburger Werften. In Vertrauensmännerkungen waren die Verhältnisse schon geklärt worden, und die von dem Vertrauensleuten aufgestellten Forderungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Dieselben lauten:

1. Die Arbeitszeit wird ab 1. August 1917 auf 52 Stunden pro Woche herabgesetzt. Als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit tritt eine dementsprechende Erhöhung der Löhne ein.

2. Die Einstellungslohne sowie die bestehenden Löhne werden um 10 Pfa. erhöht.

3. Die Löhne aller im Lohn Beschäftigten werden um 20 Pfa. erhöht.

4. Die Affordpreise sind einer Neuregelung zu unterziehen und so zu bemessen, daß mindestens pro Stunde 1,30 Mk. verdient werden kann.

5. Alle qualifizierten Arbeiter erhalten einen Lohnzuschlag von 50 Prozent.

6. Die bisher gewährte Kriegsteuerungszulage wird anstatt monatlich in derselben Höhe wöchentlich gezahlt.

7. Bei regulärer Wechselsschicht werden 50 Prozent Zuschlag gezahlt.

8. Die Schiffszimmerer erhalten für Ueberstunden und Nachtarbeit den gleichen prozentualen Zuschlag wie alle übrigen Arbeiter.

9. Die Familienzulage der Reklamierten wird von 2 Mk. auf 4 Mk. erhöht.

Zu wünschen wäre, daß diese Forderungen bewilligt werden. Es ist eine unbetrübene Tatsache, daß sowohl im Frieden wie auch jetzt im Kriege die Hamburger Werftarbeiter die mit am schlechtesten bezahlten Metallarbeiter Deutschlands sind. Selbst im Kriege sind Einstellungs- und Stundenlöhne von 48-50 Pfa. wirklich nicht mehr zeitgemäß. Und im Afford bringt es selbst der qualifizierte Werftarbeiter im günstigsten Falle nur auf 1,00-1,10 Mk. pro Stunde. Man vergleiche damit die Löhne in der Metallindustrie im übrigen Deutschland und wird zugeben, daß die Forderungen der Hamburger Werftarbeiter in Anbetracht der herrschenden Teuerung vollständig berechtigt sind.

Diese Gelegenheit mögen die auf den Werften beschäftigten Gewerkschaftskollegen benutzen, um die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen auch auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam zu machen und diesen Kollegen zu Gemüte zu führen, daß ohne Organisation für sie nichts zu erreichen ist. Die Zeit ist äusserst zeitgemäß, und im Afford bringen es selbst der qualifizierte Werftarbeiter in Anbetracht der herrschenden Teuerung vollständig berechtigt sind.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Wassermann. der Führer der nationalliberalen Partei, ist nach längerer Krankheit in Baden-Baden, 62 Jahre alt, verstorben. Er vertrat im Reichstage zuletzt den Wahlkreis Saarbrücken, wo er 1912 mit sozialdemokratischer Hilfe gegen einen Zentrumsmann gewählt wurde. Seit dem Tode Bennigssens stand er an der Spitze seiner Partei, in der er, bei der eigenartigen Zusammensetzung, stets die mittlere Linie suchen mußte. Dadurch hat der Verstorbene nach außen hin oft eine schwankende Haltung gezeigt, die ihm, nicht immer mit Unrecht, heftige Angriffe eintrug. In sozialpolitischer Hinsicht zeigte Wassermann, trotz der in seiner Partei sehr starken schwerindustriellen Einflüsse, Verständnis für einen gesunden Fortschritt. Auch den Bestrebungen unserer Organisation brachte er ein gewisses Interesse entgegen. Als im Herbst 1906 die Regierung einen Gesetzentwurf betr. die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine im Reichstage einbrachte und die Gewerkschaften in Berlin in zwei großen Versammlungen zu der Vorlage Stellung nahmen, erschienen auch Wassermann in einer dieser Versammlungen, und bei der Beratung im Reichstage hatten wir die Genugtuung, daß er als Redner seiner Fraktion sich im wesentlichen auf den Standpunkt stellte, den unsere Versammlung eingenommen hatte. Zur Verabschiedung ist damals der Entwurf nicht gekommen.

Wer weiterhin die Führung der nationalliberalen Partei in die Hand nehmen wird, läßt sich noch nicht absehen. Werden die scharfmacherischen Elemente die Oberhand gewinnen oder die sogenannten Linkliberalen den entscheidenden Einfluß bekommen? Oder sollte Wassermanns Tod gar zur Spaltung in der Partei führen?

Die Wochenhilfe ist nun auch für die Ehefrauen der Hilfsdienstpflichtigen vom Bundesrat geregelt worden. Während der Geltungsdauer des Hilfsdienstgesetzes sollen diese Wöchnerinnen aus Reichsmitteln eine Wochenhilfe erhalten, wenn

1. der Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausübt und im letzten Jahre vor der Niederkunft seiner Ehefrau mindestens sechs Monate hindurch ausgiebig hat,

2. seine wirtschaftliche Lage sich infolge seiner Beschäftigung im Hilfsdienst nachweislich verschlechtert hat und

3. ein Bedürfnis für die Beihilfe besteht.

Bei Hilfsdienstpflichtigen, die durch besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden sind, bedarf es nicht des Nachweises einer Beschäftigung im Hilfsdienst vor der Niederkunft. Der Beschäftigung des Ehemannes vor der Niederkunft steht natürlich die Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichem Dienst gleich. Ebenso erhalten die Wochenhilfe solche Wöchnerinnen, die selbst im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch im Hilfsdienst beschäftigt waren. Auf diese sechs Monate wird ihnen die Zeit einer Beschäftigungslosigkeit unmittelbar vor der Niederkunft bis zu vier Wochen angerechnet. Die Wochenhilfe wird endlich auch für ein uneheliches Kind geleistet, wenn in der Person des Vaters die oben für den Ehemann angegebenen Voraussetzungen zutreffen, und seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts festgesetzt ist. Für die Anerkennung des „Bedürfnisses“ ist eine Einkommenshöchstgrenze festgesetzt, 2500 Mk. bei dem Vater, 1500 bis 2500 Mark, je nach der Kinderzahl, bei unverheirateten Wöchnerinnen.

Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage wird in der Regel da anzunehmen sein, wo sich infolge der Hilfsdienstpflichtigkeit die Einnahmen des Beschäftigten verringert oder seine Ausgaben stärker als die Einnahmen vermehrt haben. Voraussetzung wird dabei meistens sein, daß er entweder die Beschäftigungsart oder den Beschäftigungsort gewechselt hat.

Ueber Streiks und Ausperrungen i. J. 1916 teilt die amtliche Statistik mit, daß eine Zunahme der Arbeitskämpfe zu verzeichnen sei. Im ganzen Deutschen Reiche wurden 240 Streiks mit 121 183 Beteiligten gezählt, und zwar 225 Anariffs- und 15 Abwehrstreiks. Ausperrungen fanden nicht statt. Das Jahr 1915 hatte 137 Streiks und 4 Ausperrungen mit 124 188 Beteiligten gebracht. Zum Vergleich sei erwähnt, daß das letzte Friedensjahr 1913 nicht weniger als 217 Streiks und 337 Ausperrungen mit 311 048 Beteiligten aufwies.

Den wirklichen Umfang der Arbeitskämpfe läßt die Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage erkennen. Dabei wird die Zahl der Streikenden mit der Zahl der von ihnen abstreitenden Tage multipliziert. Betrachtet man die Arbeitskämpfe so, dann weist das Jahr 1913 11 190 495 verlorene Arbeitstage auf, i. J. 1914 sank die Zahl auf 2 843 895, i. J. 1915 weiter auf 45 511, um dann i. J. 1916 wieder auf 245 401 aufzusteigen.

Am stärksten an den Arbeitskämpfen beteiligt war die Gewerbebranche Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., die in der Hauptfache die Kriegsindustrie umfaßt. Auf sie entfielen 65 081 Streikende, d. h. mehr als die Hälfte aller. Am zweifertigsten beteiligt war die Gruppe Bergbau mit 44 166 Beteiligten; das sind ebenfalls über ein Drittel aller Streikenden. Die übrigen Gewerbegruppen kommen demgegenüber nur wenig in Betracht.

Was das Ergebnis der Streiks anbelangt, so hatten nach der amtlichen Statistik nur 2,4 Prozent der Streikenden einen vollen, 55,1 Prozent einen Teilerfolg, während 42,5 Prozent überhaupt nichts erreichten.

Amtlicher Teil.

2. Mitteilung über eingesandte Beiträge für den parlamentarischen Fonds vom 17. März 1917 bis zum 10. Juli 1917.

- Bilshauer: Karlsruhe 127, Fabrik u. Handarbeiter: Berlin II 3,00, Bismard 5,00, Bitterfeld 10,00, Buer 15,74, Eidel 5,00, Gollterhausen 10,00, Oberhausen 2,50, Oberhausen III 7,00, Wanne 10,00, Konferenz in Timmerode 6,25, Holzarbeiter: Berlin II 25,00, Arbeiter: Berlin 13,00, Maschinenbau und Metallarbeiter: Berlin III 40,00, Berlin VII 50,00, Berlin IX 20,00, Berlin XII 20,50, Berlin XIII 10,00, Bernburg 16,00, Bremen 2,80, Bremen II 3,80, Brandenburg 5,00, Cassel 9,15, Essen I 5,00, Gumburg 17,00, Hannover-Linden 15,00, Hordel 3,00, Meiderich 20,00, Oppeln 3,00, Stolp 15,40, Teget 70,00, Schneider: Greifswald 2,80, Textilarbeiter: Frankfurt 16,19, Töpfer: Sprottow 5,00, Ortsverbände: Gannkatt 8,70, Duisburg 100,00, Erfurt 10,00, Görtz 69,40, Hamburg 30,00, Weissenfels 25,00, Wismar 30,00, Zettin 200,00, Frankfurter Bezirksverband 35,00, Ortsverbandskonferenz in Ulm 45,50, Vertretungsmänner des Ortsverbandes in Schramberg-Lauterbach 10,35, Von Angehörigen der Städt. Dunderschen Gewerkschaft aus Brauerkreisen 30,00, Privat: Franz Rossmann-Lauterbach 2,10, März 1069,38, Bereits quittiert März 1029,20, Summa März 2098,58.

Berlin, den 12. Juli 1917.

H. Klein, Verbandskassierer.

Aus dem Verbands.

Düsseldorf. Die organisierte Arbeiterschaft befahte sich in einer gutbesuchten Versammlung, welche im Kaiserpalast der Eridischen Tonhalle stattfand, mit den vorgelommenen unterjährigen Vorgängen vom 28. Juni. Einberufen war dieselbe gemeinsam vom Kartell der freien und christlichen Gewerkschaften und dem Ortsverbande der Gewerksvereine.

Das einleitende Referat hielt der Vertreter der freien Gewerkschaften Thielemann, nach ihm sprachen Leuchte als Vertreter der christlichen Gewerkschaften und Kollege Jungenhofen als Vertreter des Ortsverbandes der Gewerksvereine. Sichtlich fand eine ergiebige freie Aussprache statt, nach der folgende Entschlüsse seitens der Versammlung angenommen wurde:

Die in der Tonhalle versammelten organisierten Arbeiter Düsseldorfs besaßen aufs tiefste die am 28. Juni stattgefundenen Anwälte, von der Erkenntnis ausgehend, daß Ereignisse, wie sie am 28. Juni sich in Düsseldorf abspielten, nicht geeignet sind, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen, bedauert die heutige Versammlung die Ausdehnungen.

Sie bemitleidet aber auch die Opfer derselben, weil die Ernährungsbeschwerden und die damit verbundenen, seit Jahr und Tag vorhandenen Mißstände und verkehrten Maßnahmen der Behörden die wirklichen Ursachen sind.

In Beurteilung der gegen die Beteiligten verhängten Strafen weiß sich die Versammlung eins mit den Ausführungen der Referenten und befandet sie ausdrücklich, daß die Arbeitervertreter die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ganz in ihrem Sinne geführt haben. Sie nimmt mit Genugtuung Kenntnis, daß die Stadtverwaltung alles tun will, damit den so überaus hart Verurteilten die Strafen erlassen bzw. erleichtert werden und erwartet, daß die Frauen in Freiheit gesetzt und die im strafmündigen Alter stehenden Kinder und jugendlichen Personen unberühlig ihren Eltern zurückgegeben werden.

Mit Abscheu nehmen die Arbeiter weiter Kenntnis von der Demunzationsfrist einzelner Teile der Einwohner-schaft. Sie bezeugt es als eine feine Erbarmlichkeit, wenn heute noch Personen den traurigen Mut haben, weitere Anzeigen zu erstatten.

Die Versammlung fordert aber auch von der Stadtverwaltung bestimmte Garantien, daß verurteilte unglückliche Maßnahmen, die die letzten Ursachen der Ausschreitungen waren, nicht wieder getroffen werden. Als eine dieser Garantien betrachtet sie die weitere Beteiligung von Arbeitern mit Sitz und Stimme in städtischen Kommissionen, die sich mit der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. befassen.

Da in überwiegendem Maße Arbeitszeit und Arbeitslohn im Mißverhältnis zu den Ernährungsangelegenheiten und Lebensmittelpreisen stehen, muß, wenn den ungeduldeten Zuständen in der Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgüterständen nicht unberühlig ein Riegel vorgezogen wird, entsprechende Arbeitszeitverkürzung und Lohnherabsetzung eintreten, da nur dadurch den Arbeitern das Durchhalten ermöglicht wird.

Die Versammelten geloben, unberühlig in eine rege Werksarbeit für die Gewerkschaften einzutreten, weil nur durch starke Organisation den Wünschen und Forderungen der Arbeiter Nachdruck verliehen wird.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr im Verbandsbureau. Nächste Zusammenkunft am 1. August. — **Konstabergesellen-Verein Groß-Berlin** (Ortsverein II D.-V.) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dickensstraße 1. Die beiden anderen Diensttage Sitzung, Ruhowstraße 93 bei Gerecht. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III.** Sonnabend, den 28. Juli, abends 8-10 Uhr Jahrelend im „Nordwest-Kaffee“, Alt-Moabit 55.

Anzeigen-Teil.

Gesucht
wird für den
Zentralarbeitsnachweis der Deutschen Gewerksvereine in Berlin ein Verwalter,

der Mitglied eines Gewerksvereins und mit den Verhältnissen der Industrie von Groß-Berlin vertraut sein muß. Erforderlich ist ferner Schreib- und Rechenkunde, einige Rednergabe, Gewandtheit im Umgang mit Arbeitern, Arbeitgeber und Behörden.

Die Stellung eignet sich ganz besonders für einen Kriegesbeschäftigten. Bewerbungen sind mit einem selbstgeschriebenen Lebenslauf bis zum 13. August an den geschäftsführenden Ausschuß des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine in Berlin NO. 55, Greifswaderstraße 221/23, einzuzeigen.

Der geschäftsführende Ausschuß.
Gust. Hartmann.